

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1913. Nr. 164. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 206.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 9. April 1913.

Verlagspreis für Halle und Bitterfeld 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr: 7 M. (inkl. Postgebühren). In Anhalt: 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr: 7 M. (inkl. Postgebühren). In Thüringen: 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr: 7 M. (inkl. Postgebühren).
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße 61/62.
Telefon 8108 u. 8109; Reklametelefon 8110.
Verleger: Dr. Strasser-Verlag, Halle (Saale).

Verlagspreis für die sechsblättrige Monatshefte oder deren Raum für Halle und den Saalekreis 20 Pfennig, ansonsten 30 Pfennig. — Bestellungen am Schluß des redaktionellen Zeits für die Zeit 100 Pfennig, einschließlich der Expedition in Halle (Saale) und drei abendlichen Annoncen-Exemplaren.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 20.
Telefon 3011; Reklametelefon 8200.
Druck und Verlag von Otto Cielie, Halle (Saale).

Stimmung und Lage in Rußland.

Daß die Friedenspolitik des Zaren und seiner beiden ersten Ratgeber, des Ministerpräsidenten Sokolow und des Ministers des Auswärtigen Gijajew, mit starken Gegenströmungen zu kämpfen hat, unterliegt keinem Zweifel. Sie sind teils bössiger Art und gehen auf die beiden verhandlungsfähigen Beziehungen zwischen den nahen Herrscherhäusern in Rußland und Montenegro zurück, teils sind sie Ausflüsse jener bekann-

panславistischen Wadenschaften,

die auch von guten Kennern Rußlands immer noch sehr verschieden beurteilt und eingeschätzt werden. Dem einen erscheinen sie als ein abgetanes Stück Vorkampanie, als ein Stomper von Velleitäten, die niemand mehr ernst zu nehmen braucht, den anderen verkörpern sie die Zukunft Rußlands. Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen. Die Friedenspolitik ist zwar stark genug gewesen, um die wenigstens moralische Teilnahme Rußlands an dem Druck auf Montenegro durchzusetzen, das zurückzwingende Brevet hat aber dann wieder so heftige Gegenbewegungen ausgelöst, daß es den leitenden Staatsmännern vor ihrer eigenen Energie etwas blass geworden zu sein scheint, und die Unsicherheit, die aus dem

Gegenpiel der feindlichen Kräfte

erwächst, gibt dann immer wieder jenen Gerüchten Nahrung, die heute den Rücktritt Sokolow's und morgen den Gijajew's ankündigen und damit zum mindesten erreichen, daß die Autorität der beiden Staatsmänner in der öffentlichen Meinung erschüttert wird. War schon außerordentlich charakteristisch, wie ängstlich und widerwillig die amtlichen und halbamtlichen Meldungen über die Haltung Rußlands in der Frage der Flotten-demonstration an die Öffentlichkeit gelangten, so ist es noch viel lehrreicher und bezeichnender, wie mit den jüngsten Äußerungen Gijajew's um den Balkanproblemen umgegangen wird. Bezüglich über deren Authentizität kein Zweifel aufkommen konnte, ließen eine bemerkenswerte Entschlossenheit

des Ministers insbesondere gegenüber den Wünschen Montenegros erkennen, dann aber erschien auch diesmal wieder das übliche Dementi, das alles wieder in Zweifel stellte und nur das eine klar machte, daß die heute maßgebenden Stellen in Rußland große Schwierigkeiten haben, ihre Meinung gegenüber den panslawistischen Wadenschaften zu behaupten. Die liebevolle Freie, mit der der amtliche Petersburger Druck nachher über die Flotten-demonstration sprach, im Gegensatz zu den Strafen, die dem Gijajew in der bulgarisch-rumänischen Konflikt seiner Lösung nahe zu sein scheint und auch die Bemühungen um die Herstellung des Friedens auf dem Balkan gut im Zuge sind, kann man sich leider nach dem, was in den letzten 24 Stunden bekannt geworden ist, nicht mehr darüber täuschen, daß der Großherr der Schwarzen Berge die Flotten-demonstration

mit einer verächtlichen Handbewegung

abturn zu können glaubt und dem Willen der Mächte den Gehorsam einflößt. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß die Flotten-demonstration in Petersburg selbst sich entwickeln, Frankreich scheint entschlossen, alles mitzumachen, was man in Petersburg will und tut. Die Frage ist also erst recht, wie man in Petersburg die Oberhand gewinnen wird. Daß Kaiser Nikolaus keinen Krieg will und keine Politik, die zum Krieg führt, will, gilt sicherlich heute noch ebenso, wie es vor einigen Monaten gegolten hat. Das weiß man auch ganz gut in den panslawistischen Kreisen, und um trotzdem an den bekann-

ten Verbänden und insbesondere an dem

Verlangen nach einer drohenden Politik gegen Österreich-Ungarn festhalten zu können, operiert man mit dem drastischen Mittel, daß man sagt, Kaiser Nikolaus werde wohl oder übel nachgeben müssen, denn wenn er zulaufen wollte, daß Montenegro oder ein anderer „slawischer Bruder“ verprovokaliert werde, so würde das ihm und seinem Hause eintrauen, was die Welt nicht ertragen könnte, doch das Schwerkriegsziel müssen. Die Frage ist, ob man, wie man z. B. auch in Berliner russischen Kreisen des öfteren zu hören bekommt, ist überaus charakteristisch für die Herrlichkeit der russischen Seele in gegenwärtiger Zeit, und in dieser Herrlichkeit liegt unverkennbar eine Unsicherheit und eine Gefahr. Es hat für Rußland länger als für die anderen europäischen Staaten gegolten, daß der Wille des Herrschers einzig und allein ausschlaggebend war für die ganze Richtung der auswärtigen Politik, und darauf hat bekanntlich noch Bismarck sein politisches System wie auf einen „rocher de bronze“ gründen können. Heute aber gilt dieser Grundtat für Rußland vielleicht weniger als für andere westliche oder ostliche Staaten. Wenn trotzdem die Hoffnung aufrechterhalten werden kann, daß die Friedenspolitik der heute maßgebenden Männer sich durchsetzen werde, so beruht das schließlich darauf, daß dem Eintritt Rußlands in einen großen Krieg heute und noch auf einige Jahre hinaus die entsetzlichen militärischen Bedenken entgegenstehen. Der militärische Faktor aber ist schließlich doch bestimmend für die

Energie und für den Erfolg jeder auswärtigen Politik. Das ist eine Wahrheit, die auch wir uns in diesen Tagen der Entscheidung über große nationale Fragen nicht ernst genug vor Augen halten können.
B. R.

Kommt es zur effektiven Blockade?

Der hartnäckige Widerstand Königs Nikifas gegen die Forderungen der Großmächte scheint die nun endlich doch in Garnisch zu bringen, intentionalsoll der englische Vizeadmiral, Kommandant der internationalen Flotte, der montenegrinischen Regierung mitteilen haben, daß die effektive Blockade der montenegrinischen Küste am Dienstag abends 8 Uhr beginnen würde, da die Aufforderung der Mächte an Montenegro, die Belagerung von Skutari aufzugeben am 6. April um dieselbe Zeit erfolgt sei. Da die Blockade tatsächlich begonnen wurde, darüber fehlen bis zur Stunde noch die Nachrichten. Inzwischen wird berichtet, daß König Nikifa den Gesandtschaftsagenten der Mächte mitgeteilt habe, er sei entschlossen, abzusanken, wenn die Mächte irgend welche Gewaltmaßnahmen gegen Montenegro vornehmen würden. König Nikifa habe weiter erklärt, daß allem Anschein nach Montenegro in diesem Falle von den Serben annektiert werden würde.

Weitere serbische Truppen für Skutari?

Zuverlässigen Nachrichten aus Saloniki zufolge liegen dort 17 griechische Transportschiffe mit serbischen Truppen und Munition bereit.

Rußland macht die Flotten-demonstration nicht mit?

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, ist die Note über die Haltung der russischen Regierung bei der Flotten-demonstration gegen Montenegro, welche in auswärtigen Kreisen am 6. April veröffentlicht worden ist, und die dem russischen Ministerium des Auswärtigen zugeschrieben wurde, er-funden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 8. April 1913.

Am Bundesratsitzung: Reichsminister Dr. v. Seemann, Kriegsminister v. Heeringen, die Staatssekretäre Rühl und Dr. Vico.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 1 Min. Die Generaldiskussion der neuen Vorlagen wurde fortgesetzt.

Vgl. Hofmann (Nat.).

Die Ausführungen des Herrn Reichstagslers haben uns den Ernst der Lage gelehrt. Wir können es billigen, wenn durch diese ganzen Ausführungen ein Ton geht, der je war von jedem Optimismus, aber doch getragen ist vom Vertrauen in unsere Nation und unser Heer. Man wird zugeben müssen, daß in Bezug auf die internationale Lage eine derartige Vorlage notwendig war. Die letzte Verschlechterung der Lage ist durch die Vorgänge auf dem Balkan hervorgerufen worden. Unsere Beziehungen zu Rußland haben sich seit den Tagen des Berliner Kongresses verschlechtert. In der Folge ist Deutschland aus industriell mächtig aufgeliht und ist ein vielfach unangenehmer Kontrast geworden. Dadurch kam Deutschland natürlich in einen Gegensatz zu England. Das Resultat war die Gründung der Triple-Entente. Durch die Ereignisse auf dem Balkan ist das Selbstbewußtsein der dortigen Völker sehr gereizt. Dazu kommt der rumänisch-bulgarische Streit, sodas Rumänien für uns nicht mehr dieselbe militärische Würdigung, wie früher hat. Eine Erziehung für die Zukunft ist auch die Frage Konstantinopels, auch kann vielleicht die Dardanellen-Frage angesetzt werden. Vor allem aber kommt für uns Kleinasien in Betracht. Die Lage vor Zirkel ist auch dort schwierig. Es besteht die Möglichkeit von Reibereien an den Grenzen Kleinasien mit Rußland und mit dem englischen und französischen Einfluß. Der Dreieck hat sich während der Balkan-Kriege bewährt. Die Aktionsfähigkeit Italiens im Rahmen des Dreieckes ist durch die Gewinnung von Tripolis beeinträchtigt. Dazu kommt, daß Italien im Falle territorialer Veränderungen gemäß ist, seine Stellung im Mittelmeer zur Lage zu bringen. Wir erkennen gern an, daß die Politik der leitenden Staatsmänner in Rußland von friedlichen Tendenzen geleitet ist, und daß auch die Dreimächte-Verträge während der Balkan-Kriege bewährt waren, Konflikte mit Österreich zu vermeiden. Aber es fragt sich, wie lange das Regiment dieser Männer dauern wird, denn die panslawistischen Elemente in der russischen Politik sind mit dem russischen Kabinett unzufrieden. Die deutsche Politik ist während der letzten 40 Jahre gegen Frankreich immer eine sehr ruhige und friedliche gewesen. Die nationalpolitische Bewegung in Frankreich ist zurückzuführen auf Vorgänge, die mit Marso verbunden sind. Sie ist nicht weiter gekommen, als wir auf Marso zurückzuführen. Demnach kann jetzt der Konflikt deutscher Völker. Die nationalpolitische imperialistische Bewegung hat in vielen Ländern seit 1900 sehr stark eingesetzt. Alle Staaten werden dazu gezwungen, ihre Kräfte zu vergrößern. Die Weltbewegungen sind durch diese imperialistische Politik sehr vermehrt und die Kriegsgefahr ist gewachsen. Wir leben nun klar ein, daß die auswärtige Lage Deutschlands

lich durch die historischen Geschäfte verwickelt hat, das ein vorläufiger Hausat auf einen Krieg sich einrichten muß; denn die Folgen eines unglücklichen Krieges für Deutschland sind nicht abzusehen. Aus diesen Erwägungen heraus sind wir bereit, die Befehrforderungen zu bewilligen. Die Befehrforderungen in Verbindung mit England begreifen auch wir. Zu den Darlegungen des Kriegsministers über die Vorlage selbst noch einige Bemerkungen. Unleugbar liegen auch hier Kontrolle vor zwischen diesen Darlegungen und den Erfahrungen von 1911 und 1912. Die letzte Vorlage erklärt sich nicht allein aus der politischen Lage, sondern man will früher verlassene Dinge nachholen. Der leitende Gesichtspunkt der ganzen Vorlage ist der: Soll die allgemeine Dienstpflicht durchgeführt werden? Wird diese Vorlage bejaht, dann müssen auch die Konsequenzen gezogen werden. Die Reform des Bürgerlichen Straßengebäudes kommt in diesem Herbst aus dem Vorberichtsstand heraus. Da ist es zu empfehlen, auch in eine Prüfung des militärischen Straßengesetzes einzutreten. Unser militärisches Straßengesetz ist vielfach veraltet. Besonders sollte in festerem Maße die Dienstpflicht angefaßt werden. Wir wünschen keine Zurücksetzung, aus religiösen Gründen um keine Verwahrung des Abels. Für eine Verwirklichung der Dienstpflicht trete ich nicht ein. Das ist nicht empfehlenswert auf Grund der Erfahrungen, die man in Frankreich gemacht hat.

Ich meine, daß in unserem Volke eine ernste, entschlossene Stimmung herrscht, und es sei genug ist, die Gefahr zu erkennen, und bereit, die Konsequenzen zu ziehen. Was wir erlangen haben, wollen wir nicht verlieren. Die Zahl unserer Feinde ist größer geworden. Wir wollen jeder Gefahr gewachsen sein. Angesichts der Weltlage sind meine Freunde bereit, diese Vorlage zu bewilligen. Dies ist eine nationale Pflicht, ein Gebot der Selbsthaltung! (Sechster Beifall).

Hr. Graf v. Kanitz (Dörflich): Die Vorlage ist ein Friedenswert ersten Ranges. Sie ist eine bittere Notwendigkeit. Wir dürfen dem Reichstagler dankbar dafür sein, daß er diese Vorlage eingebracht hat, die den Frieden garantieren soll und hoffentlich garantieren wird. Wir wollen lieber eine Milliarde hingeben, als uns der Gefahr einer Niederlage aussetzen, die uns unzählige Milliarden kosten würde. An der Verteilung der 100 Millionen Staatsfonds sind wir sehr interessiert. Solange wir die Stärkeren sind, wird uns das Friede erhalten werden. Hoffentlich wird die Vorlage hier einstimmig angenommen. Möge das Deutschland von 1913 an Opferlosigkeit nicht gegen das Deutschland von 1913 zurückgehen.

Hr. Dr. Müller-Meinings (Kortfür. Wpt.): Die ganze Vorlage ist geradezu provozierend dürftig motiviert. Die gegebenen Zahlen sind geradezu irreführend. Die Eiderung der politischen Unabhängigkeit und der bisherigen Großmachtstellung des Deutschen Reiches kann allein der richtige Maßstab sein, nicht aber Prozentberechnungen nach dem launenhaften Geistes der ewigen Schraube. Unsere Militärverwaltung hat sich von den Vorgängen in Südosteuropa völlig überlassen lassen. Die Richtung der Balkan-Kriege wurde völlig ignoriert, trotzdem die deutsche Regierung gewarnt worden ist. Das alles ist ein schweres Schuldkonto aus der diplomatischen Vertretung Deutschlands. Es wird jetzt wenigstens das eine geschildert Diplomat sein, mit Staaten mit einer so aktiven Lebenskraft ein wirklich zutes Fremdschaftsverhältnis herzustellen, damit sie wirklich Faktoren des Fortschritts für Europa werden. Der offene, freimütige Ton in der Rede des Reichstagslers über unsere Beziehungen zu den anderen Mächten, dazu das Fernhalten von jedem falschen Chauvinismus wird überall sehr angenehm verfaßt haben. Eine Begründung einer solchen Vorlage haben wir nicht erhalten. Entschlossen, Sympathie mer, die Vermerkung, daß es das Moment eines Krisenjahres ist. Die internationale Nervosität Europas ist aber auch durch die strapellose Agitation der Kriegesgeber aller Länder gewachsen. Dem muß man von allen Seiten entgegenreten. Die Notwendigkeit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht erkennen wir an. Und in Hand mit der allgemeinen Wehrpflicht muß die Verwirklichung der Dienstpflicht und eine militärische Vorbildung der Jugend gehen. Die besten technischen Einrichtungen sind für unser Heer gerade noch gut genug. Der Vorrang in der Aufstellung unserer Truppen müssen wir behalten. Notwendig ist die internationale Regelung des Luftschiffes und des Spinnangewebes. Die Regierung sollte etwas mehr Vertrauen zu der großen Presse haben. Bei der Inanteriorität ist die Erhöhung der Staats die Hauptfrage. Die Kavallerie hat nicht mehr die alte Bedeutung. Mit dem ganz verkehrten Pensionierungssystem muß endlich gebrochen werden. Die Vermehrung des Kadettenkorps ist für uns unannehmbar; ähnliche Bedenken haben wir gegen die Vermehrung der Unteroffizierschulen. Mit den verprovokierten Erwartungen in der Armee sollte Ernst gemacht werden. Das deutsche Volk, die deutsche Armee ist reif für unsere Reformen, die in dem Soldaten auch den Staatsbürger zueigen.

Reichsminister v. Heeringen: Unser Offizierskorps steht seit auf dem Boden, auf dem es aufgewachsen ist. Das ist die Zone gegen seinen Allerhöchsten Kriegsherrn. Aus einer Vorkampagne des Jahres 1912 wurde ein Gegensatz zwischen dem Generalstab der Armee und dem Kriegsministerium konstruiert. Es ist damals allerdings eine Kritik ausgeübt worden, die gerade das Gegenteil von dem beweist, was wir beweisen wollen. Es ist das Vertrauen zur Armee geschwächt worden. Es ist Unrecht, wenn man behauptet, daß ein Gegensatz zwischen dem Generalstab der Armee und dem Kriegsministerium besteht hat. Die beiden Behörden stehen auf gleicher Grundlage und verfolgen gleiche Ziele. Das Kriegsministerium hat mit der ganzen Reichsarmee

... zu tun gehabt, ebensowenig der Generalfeld. Herr Müller-Weinungen sagte, die Militärverwaltung hätte sich von den Erklärungen auf dem Balkan überlassen lassen. Ich glaube, das ist richtig. Das ist aber auch notwendig und auch dem Herrn Abgeordneten zu gegangenen. (Stürmische Beifälle.) Eine Militärverwaltung ist stets das Ergebnis der gegenwärtigen Verhältnisse. Wenn die politischen Verhältnisse sich ändern, wie es der Fall gewesen ist, dann wäre es von und ein Verbrechen, wenn wir die Konsequenzen nicht gezogen hätten. Ich meine, die Verantwortlichkeit dieser Verträge darf nicht so sehr aus der Verantwortung, sondern muss aus der Verantwortung und Zukunft gezogen werden. Jetzt glauben wir, diese Verträge sind zu haben, um den Frieden zu sichern.

Hg. Geyha (Voll):
Wir können die Vorlage nicht bewilligen, wollen wir nicht unsere Selbstachtung verlieren. Wir wollen im Frieden werden wir einig sein. Das Elementum wird Deutschland nicht beunruhigen, wenn ihm nicht die Selbständigkeit genommen wird.

Hg. Scheidemann (Voll):
Was bisher gesagt wurde, meinet Argumente gegen die Vorlage. Das frunghafte Emporkommen der Kriegsbrennstoffe ist unheilvoll. In Frankreich kam die Kriegsvorlage als eine Drohung aufgesetzt worden. Wir bekämpfen sie, weil wir ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich wünschen. Wir lehnen die Vorlage ab, und wir vertreten das Volk, denn jeder dritte Mann hat bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch gewählt. Die neuen Soldaten sollen aus dem Slawentum ihren Mann sehen, aber jeder eingezogene Arbeiter muss durch einen Ausländer ersetzt werden. Der Tag wird kommen, wo Deutsche und Franzosen freundschaftlich einander die Hand reichen. Das ist der Tag unseres Triumphes.

Hg. Erbsberger (Sentr.):
Es ist auszugehen, das Österreich am Balkan und Italien in Nordafrika derzeit engagiert sind, das wir nicht genügend auf sie als Bundesgenossen rechnen können. Nichts weniger als die Restrukturierung Deutschlands ist im Fall eines unglücklichen Krieges zu befürchten, zumal in Russland die Abneigung gegen Deutschland immer mehr wächst. Wenn wir das Vaterland im Osten schützen wollen, müssen wir vor allem dort eine zureichende Bevölkerung schaffen. Expansivität könnten an vielen Stellen gemacht werden, namentlich im Russisch-Polen- und Bulgarien-Gebiet. Wir verlangen, das unsere auswärtige Politik so geleitet wird, das wir nicht in einigen Jahren wieder vor einer derartigen Vorlage stehen. Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr pünktlich vertagt.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 8. April 1913.

Am Regierungsschiffe: Kultusminister Dr. v. Troitz zu Solz Präsident Dr. Graf v. Schwerin-König eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die Beratung des Kulturhaushalts wurde beim Kapitel „Ährer Verharrhalten“ fortgesetzt.

Hg. Geyha (Voll):
Durch eine Reform des Studienrechts würde der Minister für den Zahl der Bewerber übersehen. Das jetzige Verhältnis zwischen Oberlehrern und Hilfslehrern hat sich verschlechtert, die Überfüllung des Oberlehrerstandes droht dadurch noch ärgeren Umfang anzunehmen. Der Ministerialrat, wonach Mittelschullehrer nur in den unteren Klassen angestellt werden sollen, scheint nicht überall befolgt worden zu sein. Auch in den unteren Klassen höherer Lehranstalten müssen bestimmte höhere Lehramtsstellen vorbehalten bleiben. Eine Regelung der wissenschaftlichen Fortbildung ist notwendig. Für die Wirtschafte sind bereits Kurse eingerichtet worden. Die Importzollschwierigkeiten der Katholiken sind unbegründet, viele junge Leute werden in das philologische Studium gedrängt, ohne den Beruf dafür zu fassen, und daher kommt der Überflut an katholischen Kandidaten. Der Bekanntheit der Reformanstalten drückt sich immer mehr Bahn. Diese Entwicklung vollzieht sich in allen Kulturstaaten.

Kultusminister Dr. v. Troitz zu Solz:

Die Beforgnis vor einer Überfüllung im akademischen Lehrberuf ist nicht unbegründet. Jetzt stehen rund 1550 anstellungsfähige Kandidaten zur Verfügung, von denen etwa 400 angestellt werden können, also nicht 20 Prozent. In dem Verhältnis der Hilfslehrerstellen zu den Oberlehrerstellen hat sich nicht geändert. Wir einer Überfüllung des Oberlehrerstandes haben wir in den nächsten Jahren umfassen zu rechnen, als die Zahl der Studierenden, die in die Universitäten viel zu groß ist. Eine Zurückführung der katholischen Kandidaten bei der Anstellung findet nicht statt. In den staatlichen Schulen sind im ganzen 39 katholische Lehrer zu wenig angestellt, also das Minus auf der katholischen Seite ist ganz gering. Es ist vorgeschlagen worden, die an die Schüler gestellten Anforderungen zu erhöhen, um dadurch der Überfüllung der höheren Berufe vorzubeugen. Das würde ich nicht für richtig halten. In den höheren Schulen soll ernst und fleißig gearbeitet werden. Wissenschaftliche Vorkursarbeiten sind das Wort gerecht. Aber die Schulpflicht müssen auf normale Beugung eingestellt sein. Manche Kreise täten besser, wenn sie ihre Söhne nicht auf die höheren Schulen schickten. Die Verwendung von Mittelschullehrern an höheren Schulen ist unter Umständen von Nützlichkeit. Wir suchen teilsweise einen Ersatz darin, möglichst viel höhere Schulen zu errichten. Die Verwaltung denkt nicht daran, die realistischen Anstalten vor den humanistischen zu bevorzugen.

Der Präsident teilte mit, das zu diesem Kapitel noch 12 und zu dem Elementarunterrichtsminister noch 41 Redner gemeldet sind, und ersucht die einzelnen Redner, sich um 10 Uhr zu bezeichnen, damit der unermessliche Schluss der Debatte vermindert werde.

Hg. Vorwärts (Sentr.):

Man sagt immer, das Gymnasien so eingerichtet sein müssen, weil sie für die geistigen Berufe vorbereiten sollen. Aber heutzuutage ist das Studium an unseren Universitäten doch im großen und ganzen zu einem Profstudium geworden. Die russische Sprache müsste bei uns mehr als bisher gepflegt werden. Dann würden wir auch über die russischen Verhältnisse besser unterrichtet sein. Statt lateinische und griechische Grammatik zu revidieren, sollte man lieber die bewusste Sprache und die freie Rede in der Schule pflegen. Der Sprachunterricht arbeitet mit viel zu vielem Stoff. Wir sind Gegner des ganzen Berechtigungsverfahrens. Wir kämpfen für die Einheitschule, damit die ganze Nation teil hat an der Bildung der Zeit.

Hg. Erbsberger (Sentr.):

Die große Mehrheit meiner Partei ist gegen den Antrag Engelbrecht betreffend Einführung eines einheitlichen Unterbaus für die höheren Schulen. Der große Kulturfortschritt ist in erster Linie den humanistischen Gymnasien zu verdanken. Wir bestritten die Notwendigkeit einer vermehrten Errichtung von Realanstalten. Vor allem haben wir eine Umwandlung der kleinen humanistischen Gymnasien in Realanstalten nicht für gut. Die höheren Lehranstalten sollen allen möglichen Anforderungen genügen. Es sollte weniger, aber gründlich gelehrt werden, wie das früher auf den

humanistischen Gymnasien der Fall war. Es ist geradezu eine Tendenz der jetzigen Zeit, zu viel Mühe zu tun, um auf schwache Schüler. Demgegenüber sollten wir die Anforderungen nicht herabsetzen, sondern heben.

Hg. Geyha (Voll):

Ich setze auf dem Boden der Gleichberechtigung aller höheren Lehranstalten. Der Minister hat Recht, bei der Umwandlung von Gymnasien in Realanstalten nach dem Bedürfnis zu verfahren. Ich wünsche namentlich, das dabei auf die Wünsche der Gemeinden Rücksicht genommen wird. Wegen die Tendenz des einheitlichen Unterbaus muss ich mich entschließen. Es ist nicht richtig, das das Gymnasium nur eine Beherrschung sein soll. Die Schule soll eine normale Geistesbildung verschaffen. Wir halten an dem humanistischen Gymnasium wegen seines hohen Kulturwertes fest. Wir würden es liebhaft beklagen, wenn das Studium der klassischen Sprachen nur den gelehrten Berufen vorbehalten bleibt. Der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern müsste vertieft und gefördert werden.

Die Debatte wurde geschlossen. Damit ist das Kapitel „Höhere Lehranstalten für die männliche Jugend“ erledigt. Es folgte die Besprechung der „Höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend“.

Hg. v. Gölzer (Sentr.):

Den Wert und die Bedeutung der Studienanstalten erkennen wir anhalten aber ihre Vermehrung in großer Zahl nicht für erwünscht. Der Ruf nach einer gezielten Regelung des Privatunterrichts für die weibliche Jugend wird immer dringlicher. Dabei sollte man aber den privaten Schulen möglichst Entgegenkommen bewiesen.

Hg. Kaufmann (Sentr.):

Auch wir erkennen die wichtige Stellung der privaten Schulen an und ebenso die Verstärkung der Studienanstalten. Wir teilen aber nicht die Anschauung derer, die eine Konformität der geistigen Ausbildung bei Geschlechtern anstreben. An den Frauenschulen sollte hauswirtschaftliche Unterricht eingeführt werden, dadurch würde ein Gegenmittel gegen übertriebene wissenschaftliche Ausbildung gegeben sein.

Hg. Fromme (Sentr.):

Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend befinden sich im allgemeinen in erfreulicher Entwicklung. Den sogenannten vierten Weg, wodurch den durch die Yceen gegangenen Frauen der Zugang zum Studium eröffnet wird, können wir nur empfehlen.

Hg. Ernst (Voll):

Die Mädchenschulreform hat sich im Allgemeinen bewährt. Auch wir wünschen, das den privaten Mädchenschulen geholfen wird. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser hörte Dienstag früh in Somburg v. d. S. den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts Freiherrn von Lyncker. Der Kaiser wird am 23. d. M. seine alljährliche militärische Befestigungsreise nach dem Elb nach antreten, während die Kaiserin bis zum 2. Mai in Somburg bleibt, um dann mit dem gesamten Hoflager nach Wiesbaden zu mehrtägliger Aufenthalt überzuführen.

Prinzregent Ludwig und Prinz Leopold von Bayern begingen am Dienstag die Feiern ihres 20. Jahrestages in der Festung Marienberg in der 2. Infanterie-Regiment „Kronprinz“. Aus diesem Anlass fand vormittags im Kasinohof des Regiments zu München eine militärische Feiern mit Paradecharakter statt, zu der der Prinzregent und die Prinzen Leopold, Rupprecht und Karl erschienen waren.

* Die Erste Kammer des elsass-lothringischen Landtags erledigte in ihrer Dienstag-Vormittagsitzung in zweiter und dritter Lesung das Verwerfungsbegehren, wobei entgegen der eine Staffellung der Abgaben württembergischen Regierungsvorlage die Erhebung nach einem festen Prozentsatz beschlossen wurde. Auch das Beamtenbetriebsgesetz und das Lehrerbetriebsgesetz wurden in dritter Lesung verabschiedet.

Dompropst Dr. Scher in Trier ist am Dienstag nachmittags im Alter von 70 Jahren gestorben.

Konferenz der Regierungs- und Medizinalräte. Die Konferenz der preussischen Regierungs- und Medizinalräte, die der Minister des Innern zum 26. d. M. nach Berlin einberufen hat, wird sich mit den Ausführungsbestimmungen zu den §§ 122 und 123 der Reichsversicherungsordnung und mit der Zentralisation der Volksfürsorge in den Kreisen befassen. Der Minister hofft, das durch die Konferenz eine gleichmäßige Auslegung der Reichsversicherungsordnung herbeigeführt und Klagen über Verstöße der Verwaltungsbehörden gegen die nach Maßgabe der Gesetzgebung zu werden, unterbreitet werden. In der Sache werden die Angelegenheiten der Reichsversicherungsordnung und der Volksfürsorge in den Kreisen mitunter recht schwerfälliges Tempo zu beschleunigen.

* Der Hn. Reichstag, der durch seine deutschfeindlichen Reden in Frankreich jüngst so unliebsames Aufsehen erregte, ist nicht wieder in den Worten der elsass-lothringischen Zentrumspartei gewählt worden. Ingerat, aber nicht beantragt wurde von lothringischer Seite, Wetterler aus der Partei auszuschließen.

Ausland.

Flottenbesuche im kanadischen Parlament. Aus Ottawa wird gemeldet, das kanadisches Parlament die Frage der Bildung einer eigenen kanadischen Flottenflotte zur Verbesserung gelangt ist, doch wurde dieser Plan ziemlich einstimmig als un durchführbar bezeichnet.

Rom griechischen Königsröder.

Nach einer Darstellung des Konstantinopeler „Lanin“ soll der Bruder des griechischen Königs, dessen wahrer Name Alexis Rinoseff ist, doch ein Bulgare sein.

Der König von Schweden in Paris.

Der König von Schweden, der an der Riviera weilte, will auf der Rückreise Mitte April dem Präsidenten Poincaré in Paris einen Besuch machen.

Zur Krankheit des Papstes.

Um den wiedererkrankten Papst ist man im Vatikan in Rom in schwerer Besorgnis. Das Fröher hält an. Die Urin-Untersuchung hat einen hohen Prozentsatz Eiweiß ergeben. Die Ärzte haben dem Papst Diätetische Einschränkungen gemacht, um die Gestärktheit zu regulieren.

Die Votsschaft des Präsidenten Wilson.

Der nordamerikanische Präsident Wilson verließ am Dienstag in Washington die Votsschaft in der gemeinsamen Sitzung beider Häuser selbst und bemerkte einleitend, er sei erfreut, zu bemerken, das der Präsident eine Person und nicht lediglich ein Regierungsgremium ist. Die Votsschaft enthält die schon erwähnte Resolution, deren hauptsächlichste die Reform der Bank- und Währungsangelegenheiten ist.

Luffahrt.

Ueberlandflug Johannesburg-Breslau.

Ein vorzügliches Ende fand Dienstag morgen ein Ueberlandflug des Rentmanns Carpanico nach Breslau. Rentmann Carpanico war mit Rentmann S auf einem Doppeldecker der Luftverkehrs-Gesellschaft, Militärtyp 1913, aufgestiegen, um nach Breslau zu fliegen. Trotz des wenig einladenden Wetters kam die Maschine in Johannesburg gut ab und gelangte in 55 Minuten nach Frankfurt a. O. Kurz vor der Stadt platzte jedoch in 1600 Meter Höhe der Bergarbeiter, der Motor blieb stehen, und Carpanico musste schleunigst im Gleitflug auf einen freien Felder landen, wo er die Maschine unbefehligt aufsetzte. Zwei Mediziner begaben sich im Automobil an die Landungsstelle, um den Schaden auszubessern. Die beiden Flieger hofften, noch im Laufe des Tages ihre Luftreise fortsetzen zu können.

Aus Nah und Fern.

Ein verurteilter Regierungsdirektor. Die Kaiser-Kraftfahrer behandelte am Dienstag gegen den früher in Kiel, zuletzt in Köslin tätig gewesen Regierungsdirektor Lewicki wegen Erpressung und Betruges, begangen an einem Adler-Fabrikanten. Lewicki hatte, als er den Holsteinischen in Kiel im vorigen Jahre zu vertreten hatte, sich von einem Fabrikanten, gegen den eine Unterdrückung des Spionagevertrages schwebte, 141 000 Mark ausbezahlt lassen unter der Angabe, diese für Schmelzgelber benutzen zu wollen. Beweist, der 80 000 Mark Schulden hatte, bezugslos das Geld für sich selbst. Das Gericht verurteilte den beschuldigten Verwalter, um 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Reis im Firtus. Im Firtus Carré, der in Neufölln Verstellungen gibt, brang Dienstagabend von sechs vorgeführten Pferden eins in das Publikum hinein. Bei der entweichenden Automobil-Fahrt kamen fünf Personen zu Schaden. In der Nähe von Firtus ein schwerer Zusammenstoß zweier Automobile. Der Kraftwagen eines Kaufmanns fuhr in eine Autobuslinie, in welcher sich Rimegasse befanden. Der Kraftwagen wurde getrieben. Der Chauffeur der Autobuslinie erlitt Lebensgefährliche Verletzungen. Ein Unfall in Janssen wurden schon berichtet.

Drei schwere Verbrechen enttarnt. Aus dem Randgerichtsgefängnis zu Münden-Glabbech brachen am Dienstag drei schwere Verbrechen aus. Man konnte trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung bisher noch nicht habhaft werden. Vier Kinder von der Mutter ertränkt. Am Dienstag morgen 6 Uhr, als von der Bahn kommende Personenzug in den Deutschen Bahnhof eintraf, warf sich eine Frau vor die Lokomotive und wurde getötet. Die Selbstmörderin wurde später als die Frau des Arbeiters Felsig aus Oregow ermittelt. In der Wohnung der Frau wurden deren 4 Kinder im Alter von 6 bis zu 2 Jahren todt erhängt. Leichen aufgefunden. Das Motiv der tragischen Tat ist unbekannt.

Ein schweres Verbrechen wurde zwischen Jersbek und Bargteheide bei Hamburg verübt. Die Frau des Geschäftsführers Baumgart an der Bergfelder Bauerschaft befand sich auf Fuß auf dem Wege nach Bargteheide, wo ihr Mann ein Grundstück gekauft hatte, das sie beschlagnahmte. Um 10 Uhr wurde die Frau noch lebend gesehen. Später fand man ihre verblutete Leiche im See bei.

Provinz Sachsen und Umgebung.

st. Ammerborn, 8. April. (Beilegung des Bahnübergangs. — Ehrung.) Im „Hofengarten“ fand gestern ein landespolizeiliches Prüfung des Entwurfs für die Aufhebung des in km 39 der Strecke Halle-Mannheim vorhandenen Bahnübergangs der Halberstadt-Verkehrs-Gesellschaft beim Hofengarten und zur Erweiterung der gegen den Plan erhobenen Einwendungen ein Termin statt. Den Vorsitz führte ein Vertreter der Regierung aus Merseburg. Derselbe hob besonders hervor, das der größte Teil der Einsprüche nicht bei der Prüfung des Projekts, sondern erst bei der Ausführung bedacht werden können. Die Einsprüche der landespolizeilichen Beamten. Die Gemeinde Ammerborn hatte eingemeldet, das die dort befindliche Geschäftsleitung durch die Zerstörung der Straße keine genügende Dedung mehr hätte. Der Einspruch wurde anerkannt; die Umlegung wird auf Kosten des Eisenbahnbauers erfolgen. Wegen der geringen Breite der Unterführung wurde es für eine solche von 12 Metern vorgezogen. Die Gemeinden Halle, Beesen und Bismilich Einspruch erhoben. Es wurde bemerkt, wenn im Hinblick auf die Zukunft eine größere Breite als die jetzige des Bahnübergangs beantragt würde, so mühten auch die Interessenten einen Teil der Mehrkosten tragen. Den Vertretern der Gemeinden wurde geraten, mit der Eisenbahndirektion Halle zu verhandeln. Die Vertretung des Weges bei Gemeindefeld; landespolizeilich könne eine Vertretung nicht verlangt werden. Die Ansprüche der Gemeinde Beesen bezüglich der Wiederinstandsetzung des Hofengarten, wurden ohne weiteres anerkannt. Wiederholt griff Herr Landrat v. Krögel in die Debatte ein und nahm die Interessen der beteiligten Gemeinden wahr. — Herr Bergmeister Dr. v. d. a. n. n. hier selbst ist in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwidlung des Braunkohlenbergbaus zum Direktor ernannt worden. Die Beamten und Arbeiter der Grube von der Heide brachten aus diesem Anlaß dem hochgeachteten und verehrten Beamten ein Gemälde eines Bergbauers.

Ammerborn, 8. April. (Die diamantene Hochzeit.) feiert am nächsten Sonntag Christian Heinrich Troitz mit seiner Ehefrau Caroline Troitz geb. Binkert. Herr Troitz ist verheiratet mit 22 Jahren; auch der Gesundheitszustand der Frau Troitz erlaubt es, das das Jubiläum festlich eingesehnet werden kann. Herr Troitz ist ein Veteran von 1848.

Ammerborn, 8. April. (Der obere II.) Der Oberrichter einer der bedeutendsten gewerblichen Unternehmen hiesiger Gegend, Brauereibesitzer Schröder auf der Henne, ist Montag vormittag gang unermutet aus dem Leben geschieden.

Giesleben, 8. April. (Neue Kranenbauzeitung.) Am 1. April hat Maxine Obersthaus Dr. v. v. e. s. aus Giesleben die Leitung des Giesleber Krankenbauvereins übernommen.

Giesleben, 8. April. (Verzungen.) Herr Dr. Stephan wurde die ehrenvolle Aufforderung, die Leitung des Hilfskommisionen Chores in Leipzig zu übernehmen. Der Verzungen hat er auch Folge geleistet, so das seine Einführung am Sonntag erfolgen konnte.

Ammerborn, 8. April. (Goldene Hochzeit.) Der Hausvater von St. Juffen, Rentier Große, feierte gestern mit seiner Gattin das 50. goldene Ehejubiläum.

